

# Grundkurs Öffentliches Recht

Sodan / Ziekow

9., wesentlich überarbeitete Auflage 2020  
ISBN 978-3-406-75784-6  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Sodan/Ziekow  
Grundkurs Öffentliches Recht

The logo for Beck-shop.de features the text "beck-shop.de" in a bold, lowercase, sans-serif font. Above the "i" in "shop" are three small red circles of increasing size, arranged in a slight arc. Below the main text, the words "DIE FACHBUCHHANDLUNG" are written in a smaller, uppercase, sans-serif font.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Grundkurs Öffentliches Recht

## Staats- und Verwaltungsrecht

von

**Dr. iur. Helge Sodan**

o. Professor an der Freien Universität Berlin

Präsident des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin a. D.

Direktor des Deutschen Instituts für Gesundheitsrecht

und

**Dr. iur. Jan Ziekow**

o. Professor an der Deutschen Universität

für Verwaltungswissenschaften Speyer

Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung

9., wesentlich überarbeitete Auflage 2020



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

**www.beck.de**

ISBN 978 3 406 75784 6

© 2020 Verlag C.H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen  
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH  
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

# Vorwort

Nachdem auch die im Frühjahr 2018 erschienene 8. Auflage des Grundkurses Öffentliches Recht auf sehr positive Resonanz gestoßen und mittlerweile vergriffen ist, legen wir mit Freude eine wesentlich überarbeitete und aktualisierte Neuauflage vor.

Der Anspruch des Werkes ist geblieben:

„Der vorliegende Grundkurs soll Basiswissen im Öffentlichen Recht in *einem* Buch vermitteln: im Verfassungsrecht einschließlich des Verfassungsprozessrechts sowie im Verwaltungsrecht einschließlich ausbildungsrelevanter Bereiche des Besonderen Verwaltungsrechts und des Verwaltungsprozessrechts, jeweils mit den Bezügen zum Europarecht. Damit will der Grundkurs den Anfängern, aber auch den Fortgeschrittenen den Erwerb und die Lektüre *mehrerer* Lehrbücher im Umfang von zusammen mindestens 1.500 Seiten zur Gewinnung eines studienverwertbaren Überblicks ersparen. Seine Lektüre kann auch für Examenskandidaten, denen es um eine konzentrierte Wiederholung des Stoffes geht, von Nutzen sein. [...] Wer sich zum Ziel gesetzt hat, nach einem Studium der Rechtswissenschaft den ‚Freischuss‘ in der ersten juristischen Staatsprüfung erfolgreich zu nutzen oder nach einem Studium von Teilgebieten des Rechts die diesbezüglichen Prüfungsanforderungen zu erfüllen, muss *effizient* studieren. Entscheidend ist die Trennung von Wichtigem und Unwichtigem bereits bei der Stoffauswahl. Der vorliegende Grundkurs bemüht sich vor allem um die prägnante Herausarbeitung der besonders prüfungsrelevanten Positionen der höchstrichterlichen Rechtsprechung. Dabei geht es nicht um die Vermittlung von Detailwissen durch Ausbreitung einer Unmenge von Einzelproblemen. Vielmehr sollen die Strukturen des Öffentlichen Rechts aufgezeigt werden. Diesem Ziel dienen zahlreiche Übersichten, Prüfungsschemata und eine an insgesamt knapp 100 Fällen orientierte Darstellung, durch welche die behandelten Grundprobleme plastisch werden sollen. Der Grundkurs ist damit auch für Studierende geeignet, die sich in ihrem wirtschaftswissenschaftlichen Studium oder in einem anderen Studiengang mit Grundfragen des Öffentlichen Rechts beschäftigen“ (aus dem Vorwort zur 1. Auflage).

Sowohl der verfassungsrechtliche als auch der verwaltungsrechtliche Teil des Buches sind durchgehend aktualisiert worden. Hinsichtlich des Verfassungsrechts waren insbesondere zahlreiche neue Entscheidungen des BVerfG zu berücksichtigen: Dies gilt u. a. für die beiden Beschlüsse jeweils vom 6.11.2019 zum „Recht auf Vergessen“, den Beschluss vom 14.1.2020 zur Verfassungsmäßigkeit des Kopftuchverbots für Rechtsreferendarinnen, das Urteil vom 26.2.2020 zur Verfassungswidrigkeit des Verbots der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung und das Urteil vom 5.5.2020 zur Kompetenzwidrigkeit der Beschlüsse der EZB zum Staatsanleihekaufprogramm.

Im verwaltungsrechtlichen Teil lagen Schwerpunkte der Überarbeitung u. a. bei Vertiefungen zu prüfungsrelevanten Themengebieten des Allgemeinen Verwaltungsrechts und bei den baurechtlichen Abschnitten.

Erneut wurde entsprechend den in Wissenschaft und Praxis gebildeten Schwerpunkten der Erste Teil (Verfassungsrecht) von *Helge Sodan* und der Zweite Teil (Verwaltungs-

recht) von *Jan Ziekow* bearbeitet. Beide Autoren übernehmen jedoch für das Gesamtwerk die gemeinsame Verantwortung.

Für vielfältige Unterstützung bei der Aktualisierung des verfassungsrechtlichen Teils danken wir herzlich den Herren *Bernhard Hadank*, *Michael Hahn*, *Christian Janssen* und *Jann Schmitt*, die alle Wissenschaftliche Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin sind, sowie Herrn *Robert Wille*, der Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Potsdam ist.

An der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer hat Herr Wiss. Mitarb. *Alexander Niestedt*, Ass. iur., die zahlreichen landesrechtlichen Nachweise sowie die Literaturfundstellen aktualisiert sowie – zusammen mit Frau *Martina Diaz-Carreño* – sich der Mühe des Lesens der Korrekturen unterzogen. Beiden gebührt dafür herzlicher Dank.

Für die wohlwollende und stets zuverlässige Förderung der Schrift danken wir erneut Herrn Rechtsanwalt *Dr. Johannes Wasmuth*, Juristisches Lektorat des Verlages C. H. Beck.

Berlin/Speyer, im Juli 2020

*Helge Sodan*  
*Jan Ziekow*



beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis ..... XXXIII

## Einführung

§ 1. Zur Konzeption dieses Lehrbuchs ..... 1

    I. Hintergrund ..... 1

    II. Zielsetzung und Hinweise zur Darstellung ..... 1

    III. Notwendige Stoffbeschränkungen ..... 2

§ 2. Einführung in die juristische Methodenlehre ..... 4

    I. Notwendigkeit von Auslegung ..... 4

    II. Grammatische Auslegung ..... 5

    III. Genetische und historische Interpretation ..... 6

    IV. Systematische Auslegung ..... 8

    V. Ermittlung von Sinn und Zweck ..... 10

## Erster Teil. Verfassungsrecht

### Erster Abschnitt. Grundlagen

§ 3. Verfassungsrecht in Abgrenzung vom Verwaltungsrecht ..... 12

§ 4. Staat und Rechtsordnung ..... 13

    I. Was ist ein Staat? ..... 13

    II. Rechtsordnung ..... 14

        1. Rechtsquellen ..... 15

            a) Verfassung ..... 15

            b) Parlamentsgesetz (formelles Gesetz) ..... 15

            c) Rechtsverordnung ..... 15

            d) Satzung ..... 16

            e) Gewohnheitsrecht und Richterrecht ..... 16

            f) Verwaltungsvorschrift ..... 17

        2. Kollisionen zwischen Rechtsnormen und Kollisionsregeln ..... 17

§ 5. Bezüge des Grundgesetzes zum Europarecht ..... 18

    I. Staatsziel: Verwirklichung eines vereinten Europas ..... 19

    II. Übertragung von Hoheitsrechten auf die EU ..... 19

        1. Zulässigkeit, Technik und Bedeutung des Zustimmungsgesetzes ..... 19

        2. Grenzen der Übertragung von Hoheitsrechten ..... 20

    III. Vorrang des Unionsrechts ..... 25

    IV. Ultra-vires- und Identitätskontrolle durch das BVerfG ..... 27

    V. Grundrechtsschutz gegenüber Unionsorganen ..... 30

    VI. Grundrechtsschutz gegenüber deutschen Staatsorganen, die Unionsrecht anwenden oder umsetzen ..... 32

    VII. Bindung der Mitgliedstaaten an Unionsgrundrechte ..... 34

    VIII. Beteiligung von Bundestag und Ländern an Rechtsetzungsakten der EU ..... 36

    IX. Europäische Menschenrechtskonvention ..... 39

        1. Innerstaatlicher Rang eines einfachen Bundesgesetzes ..... 39



2. Geschützte Rechte und Freiheiten .....	40
3. Rechtsschutz durch den EGMR .....	41
4. Hilfen für die Auslegung des Grundgesetzes .....	43

## Zweiter Abschnitt. Staatsorganisationsrecht

### Erstes Kapitel. Staatsstrukturprinzipien und Staatsziele

<b>§ 6. Demokratie</b> .....	44
I. Begriff und Verortung .....	45
II. Volkssouveränität .....	45
1. Staatsgewalt .....	45
2. Deutsches Volk als Legitimationssubjekt der Staatsgewalt .....	46
III. Ausübung der Staatsgewalt durch das Volk .....	47
1. Wahlen .....	48
2. Abstimmungen .....	48
IV. Ausübung der Staatsgewalt durch besondere Organe – Demokratische Legitimation .....	50
1. Personelle demokratische Legitimation .....	50
2. Sachlich-inhaltliche demokratische Legitimation .....	51
3. Institutionelle und funktionelle demokratische Legitimation .....	52
4. Demokratische Legitimation bei funktionaler Selbstverwaltung .....	53
V. Repräsentative und parlamentarische Demokratie .....	53
1. Gedanke der Repräsentation .....	53
2. Parlamentarische Demokratie .....	53
3. Wahl zum Deutschen Bundestag .....	54
a) Wahlsystem und Wahlrecht .....	54
b) Wahlrechtsgrundsätze .....	56
aa) Allgemeine, unmittelbare, freie und geheime Wahlen .....	56
bb) Grundsatz der Gleichheit der Wahl .....	58
(1) Erfolgswertgleichheit und Fünf-Prozent-Klausel .....	59
(2) Erfolgswertgleichheit und Grundmandatsklausel .....	60
(3) Erfolgswertgleichheit und Überhangmandate .....	61
c) Wahlprüfung und Nichtanerkennungsbeschwerde .....	61
4. Parlamentsvorbehalt und Wesentlichkeitstheorie .....	62
VI. Mehrheitsprinzip .....	63
VII. Rolle der politischen Parteien .....	63
1. Aufgabe und Funktion der Parteien .....	64
2. Begriff .....	64
3. Rechtsstellung .....	65
4. Verfassungsmäßige Rechte .....	66
a) Gründungs- und Betätigungsfreiheit .....	66
b) Chancengleichheit .....	66
5. Demokratische Binnenstruktur .....	68
6. Staatliche Parteienfinanzierung und Rechenschaftspflicht .....	68
7. Parteiverbot und Parteienprivileg .....	70
<b>§ 7. Rechtsstaat</b> .....	73
I. Begriff, Verortung, materielle Dimension .....	73
II. (Horizontale) Gewaltenteilung .....	74
1. Aufgaben von Legislative, Exekutive und Judikative .....	75
2. Gewaltenverschränkungen .....	76
III. Verfassungsvorrang, Gesetzesvorrang und Gesetzesvorbehalt – Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	77
1. Verfassungsvorrang und Gesetzesvorrang .....	77
a) Bindung des Gesetzgebers an die verfassungsmäßige Ordnung .....	77

b) Bindung von Exekutive und Judikative an die Rechtsordnung .....	78
2. Gesetzesvorbehalt .....	79
IV. Materielle Gerechtigkeit .....	80
1. Gewährleistung von Grundrechten .....	80
2. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	80
V. Rechtssicherheit .....	81
1. Bestimmtheitsgebot .....	81
2. Prinzip der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung .....	83
3. Rückwirkungsverbot und Vertrauensschutz .....	83
a) Rückwirkungsverbot .....	84
aa) Art. 103 II GG .....	84
bb) Allgemeines Rückwirkungsverbot .....	85
b) Vertrauensschutz außerhalb des Rückwirkungsverbots .....	89
<b>§ 8. Bundesstaat .....</b>	<b>90</b>
I. Begriff, Verortung und historisches Verständnis .....	90
II. Staatsqualität der Bundesländer .....	91
III. Vertikale Gewaltenteilung und Kompetenzverteilung .....	92
IV. Wechselseitige Einwirkung und kooperativer Föderalismus .....	94
1. Verfassungsrechtlich vorgesehene Formen .....	94
2. Freiwilliges Zusammenwirken .....	95
V. Grundsatz bundes- und länderfreundlichen Verhaltens (Bundestreue) .....	97
VI. Kommunale Selbstverwaltungsgarantie .....	101
<b>§ 9. Republik .....</b>	<b>103</b>
<b>§ 10. Sozialstaat .....</b>	<b>105</b>
I. Verortung und Begriff .....	105
II. Konkretisierung und Adressaten .....	106
III. Inhaltliche Vorgaben .....	107
1. Begünstigte/Vorrang privater Lebensgestaltung .....	107
2. Soziale Sicherheit .....	107
3. Soziale Gerechtigkeit .....	109
4. Chancengleichheit .....	110
IV. Verhältnis zu Grundrechten .....	110
<b>§ 11. Staatsziele: Umweltschutz und Tierschutz .....</b>	<b>112</b>
I. Allgemeines .....	112
II. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Umweltschutz) .....	113
III. Schutz der Tiere .....	113

## Zweites Kapitel. Staatsorgane

<b>§ 12. Deutscher Bundestag .....</b>	<b>114</b>
I. Bedeutung und Funktionen des Bundestages .....	115
II. Wahl und Zusammensetzung des Bundestages .....	116
III. Wahlperiode und vorzeitige Auflösung des Bundestages .....	116
1. Wahlperiode .....	116
2. Grundsatz der Diskontinuität .....	116
3. Vorzeitige Auflösung .....	117
IV. Organisation und Verfahren des Bundestages .....	117
1. Geschäftsordnung des Bundestages .....	117
2. Gliederung des Bundestages (insbesondere Fraktionen und Ausschüsse) .....	118
3. Beschlussfassung und Mehrheitsformen im Bundestag .....	119

V. Rechtsstellung der Abgeordneten . . . . .	120
1. Freies Mandat . . . . .	120
2. Parlamentarische Mitwirkungsrechte der Abgeordneten . . . . .	122
3. Indemnität und Immunität der Abgeordneten . . . . .	123
VI. Untersuchungsausschüsse des Bundestages . . . . .	123
 <b>§ 13. Bundesrat</b> . . . . .	125
I. Stellung und Bedeutung des Bundesrates . . . . .	125
II. Zusammensetzung des Bundesrates; Stimmen im Bundesrat . . . . .	125
III. Aufgaben und Befugnisse des Bundesrates . . . . .	126
1. Mitwirkung bei der Gesetzgebung des Bundes . . . . .	126
a) Einspruchs- und Zustimmungsgesetze . . . . .	126
b) Zustimmungsbefürftige Gesetze im Einzelnen . . . . .	127
aa) Insbesondere Gesetze betreffend Verwaltungskompetenzen . . . . .	127
bb) Weitere Fälle zustimmungsbefürftiger Gesetze . . . . .	128
c) Umfang der Zustimmungsbefürftigkeit und Aufspaltbarkeit von zustimmungsbefürftigen Gesetzen . . . . .	129
d) Änderung von zustimmungsbefürftigen Gesetzen . . . . .	130
2. Mitwirkung bei der Verwaltung des Bundes . . . . .	131
3. Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union . . . . .	131
IV. Beschlussfassung im Bundesrat . . . . .	132
 <b>§ 14. Bundespräsident</b> . . . . .	133
I. Zur Stellung und Funktion des Bundespräsidenten . . . . .	134
1. Staatsoberhaupt und damit verbundene Aufgaben . . . . .	134
2. Gegenzeichnungspflicht . . . . .	134
II. Wahl und Amtsdauer des Bundespräsidenten; Vertretung; Präsidentenanklage . . . . .	135
III. Einzelne Aufgaben und Befugnisse des Bundespräsidenten . . . . .	136
1. Ausfertigung der Gesetze . . . . .	136
a) Formelles Prüfungsrecht . . . . .	136
b) Materielles Prüfungsrecht . . . . .	136
c) Überprüfung nur hinsichtlich evidenter Verfassungsverstöße . . . . .	137
2. Ernennung der Bundesminister . . . . .	138
3. Vorschlag und Ernennung des Bundeskanzlers . . . . .	138
4. Ernennung der Bundesrichter, Bundesbeamten und Offiziere . . . . .	138
5. Vertretung der Bundesrepublik Deutschland nach außen . . . . .	139
6. Recht zur Bundestagsauflösung . . . . .	139
7. Äußerungsbefugnis des Bundespräsidenten . . . . .	139
 <b>§ 15. Bundesregierung</b> . . . . .	140
I. Allgemeines zu Stellung und Bedeutung der Bundesregierung . . . . .	140
II. Zustandekommen und Amtsdauer der Bundesregierung . . . . .	141
1. Wahl des Bundeskanzlers . . . . .	141
2. Ernennung der Bundesminister . . . . .	142
3. Amtsdauer der Bundesregierung; vorzeitige Beendigung . . . . .	143
a) Regelung des Art. 69 II GG . . . . .	143
b) Konstruktives Misstrauensvotum . . . . .	143
c) Vertrauensfrage . . . . .	143
d) Rücktritt und andere „Erledigung“ des Amtes des Bundeskanzlers . . . . .	146
III. Aufgaben der Bundesregierung . . . . .	146
IV. Aufgabenverteilung innerhalb der Bundesregierung . . . . .	147
1. Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers („Kanzlerprinzip“) . . . . .	147
2. Ressortkompetenz der Bundesminister („Ressortprinzip“) . . . . .	147

3. Kollegialkompetenz der Bundesregierung („Kabinettsprinzip“)	147
V. Äußerungsbefugnis von Mitgliedern der Bundesregierung	148
<b>§ 16. Bundesverfassungsgericht</b>	150
I. Verfassungsrechtliche Stellung	150
II. Funktionen der Verfassungsgerichtsbarkeit	150
III. Organisation	151
IV. Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern	153

### Drittes Kapitel. Staatsfunktionen

<b>§ 17. Gesetzgebung</b>	155
I. Einleitung	155
II. Gesetzgebungszuständigkeit	156
1. Grundregel des Art. 70 GG: Prinzipielle Länderzuständigkeit	156
2. Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes	156
a) Ausschließliche Gesetzgebung	156
b) Konkurrierende Gesetzgebung	157
aa) Grundsatz des Art. 72 I GG	157
bb) Kompetenzkatalog des Art. 74 I GG	157
cc) Sperrwirkung	158
dd) Abweichungsbefugnis der Länder	159
ee) Erfordernis bundeseinheitlicher Regelung	160
c) (Abschaffung der) Rahmengesetzgebung	161
d) Grundsatzgesetzgebung	162
e) Kompetenz kraft Natur der Sache, kraft Sachzusammenhangs und Annexkompetenz	162
3. Typische Zuständigkeitsbereiche der Länder	163
III. Gesetzgebungsverfahren	164
1. Einleitungsverfahren	164
a) Gesetzesinitiative	164
b) Zuleitung an den Bundestag	165
2. Hauptverfahren	166
a) Beratung der Gesetzesvorlage im Bundestag	166
b) Beschlussfassung im Bundestag	166
c) Mitwirkung des Bundesrates	166
aa) Verfahren bei Einspruchsgesetzen	167
bb) Verfahren bei Zustimmungsgesetzen	168
3. Abschlussverfahren	168
IV. Formelle Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen	170
V. Materielle Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen	170
VI. Besonderheiten bei verfassungsändernden Gesetzen	171
VII. Rechtsverordnungen	171
<b>§ 18. Verwaltung</b>	172
I. Verteilung der Verwaltungskompetenzen zwischen Bund und Ländern	173
II. Landeseigene Ausführung der Bundesgesetze	174
III. Verwaltung durch die Länder im Bundesauftrag	175
IV. Ausführung der Gesetze durch den Bund	177
V. (Verbot der) „Mischverwaltung“ und Durchgriffsverbot	178
<b>§ 19. Rechtsprechung und Gerichtsverfassung</b>	178
I. Rechtsprechung	179
II. Gerichtsverfassung	180
1. „Jurisdiktionskompetenz“ und Gesetzgebungskompetenz	180

2. Spartengerichtbarkeit	181
3. Mehrinstanzliche Gerichtsbarkeit	181
4. Recht auf den gesetzlichen Richter	182

### Dritter Abschnitt. Grundrechte

#### Erstes Kapitel. Allgemeine Grundrechtslehren

<b>§ 20. Historische Entwicklung der Grundrechte</b>	182
I. Erste Ansätze der Grundrechte in England	183
II. Rechteerklärungen in Nordamerika und Frankreich	183
III. Entwicklungen in Deutschland	184
1. Verfassung des Deutschen Reiches von 1849	184
2. Verfassung des Deutschen Reiches von 1919	185
3. Entwicklung der Grundrechte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland	186
<b>§ 21. Begriff und Arten der Grundrechte</b>	187
I. Bundes- und Landesgrundrechte	188
II. Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte	188
III. Menschen- und Bürgerrechte	189
IV. Freiheits- und Gleichheitsrechte	190
V. Materielle und prozessuale Grundrechte	190
<b>§ 22. Dimensionen der Grundrechte</b>	191
I. Subjektiv-rechtliche Dimensionen	191
1. Grundrechte als Abwehrrechte	192
2. Grundrechte als originäre Leistungsrechte	194
3. Grundrechte als Gleichbehandlungsrechte	194
II. Objektiv-rechtliche Dimensionen	196
1. Geltung der Grundrechte im Privatrecht	196
2. Grundrechtliche Schutzpflichten	199
3. Institutionelle Gewährleistungen	202
4. Grundrechtssicherung durch Organisation und Verfahren	203
<b>§ 23. Grundrechtsverpflichtete und Grundrechtsträger</b>	204
I. Grundrechtsverpflichtete	204
II. Grundrechtsträger	205
1. Natürliche Personen	206
a) Deutsche und Ausländer	206
b) Geschäftsunfähige, insbesondere Minderjährige	207
c) Ungeborenes Leben und Verstorbene	208
2. Juristische Personen	208
a) Juristische Personen des Privatrechts	208
b) Juristische Personen des öffentlichen Rechts	210
III. Grundrechtsverwirkung	212
IV. Grundrechtsverzicht	212
<b>§ 24. Struktur der Grundrechtsprüfung</b>	212
I. Freiheitsrechte	213
1. Sachlicher und personeller Schutzbereich	214
2. Eingriff	214
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	218
a) Grundrechtsschranken	218
b) Formelle Grenzen der Einschränkungbarkeit von Grundrechten	221
c) Materielle Grenzen der Einschränkungbarkeit von Grundrechten	222

aa) Parlamentsvorbehalt .....	222
bb) Bestimmtheitsgebot .....	223
cc) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	224
dd) Wesensgehaltsgarantie .....	228
ee) Verbot von Einzelfallgesetzen .....	229
ff) Weitere materielle Anforderungen .....	230
4. Zusammenfassende Übersichten .....	230
II. Gleichheitsrechte .....	232
<b>§ 25. Grundrechtskonkurrenzen .....</b>	<b>232</b>
I. Spezialitätsverhältnis .....	232
II. Idealkonkurrenz (einschließlich Schrankendivergenz) .....	233
<b>Zweites Kapitel. Die einzelnen Grundrechte</b>	
<b>§ 26. Schutz der Menschenwürde .....</b>	<b>233</b>
I. Bedeutung des Grundrechts .....	233
II. Schutzbereich .....	234
1. Sachlicher Schutzbereich .....	234
2. Personeller Schutzbereich .....	235
III. Eingriffe .....	235
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung?	238
V. Verhältnis zu anderen Grundrechten .....	238
<b>§ 27. Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit .....</b>	<b>239</b>
I. Bedeutung und Systematik des Grundrechts .....	239
II. Schutzbereich .....	239
1. Sachlicher Schutzbereich .....	239
a) Allgemeine Handlungsfreiheit .....	239
b) Allgemeines Persönlichkeitsrecht .....	241
2. Personeller Schutzbereich .....	243
a) Allgemeine Handlungsfreiheit .....	243
b) Allgemeines Persönlichkeitsrecht .....	244
III. Eingriffe .....	244
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	245
1. Grundrechtsschranken .....	245
a) Verfassungsmäßige Ordnung .....	245
b) Rechte anderer .....	245
c) Sittengesetz .....	245
2. Grenzen der Einschränkung .....	246
<b>§ 28. Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit .....</b>	<b>247</b>
I. Bedeutung der Grundrechte .....	247
II. Schutzbereiche .....	247
1. Sachliche Schutzbereiche .....	247
a) Recht auf Leben .....	247
b) Recht auf körperliche Unversehrtheit .....	248
c) Grundrechtliche Schutzpflichten .....	248
2. Personelle Schutzbereiche .....	248
III. Eingriffe .....	248
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	249
1. Grundrechtsschranken .....	249
2. Grenzen der Einschränkung .....	250

<b>§ 29. Freiheit der Person</b> .....	250
I. Bedeutung und Systematik des Grundrechts .....	250
II. Schutzbereich .....	251
1. Sachlicher Schutzbereich .....	251
a) Positive Bewegungsfreiheit .....	251
b) Negative Bewegungsfreiheit .....	252
c) Grundrechtliche Schutzpflicht .....	252
2. Personeller Schutzbereich .....	252
III. Eingriffe .....	252
1. Freiheitsbeschränkungen .....	252
2. Freiheitsentziehungen .....	253
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	253
1. Grundrechtsschranken .....	253
2. Grenzen der Einschränkung .....	253
a) Anforderungen des Art. 104 GG .....	253
b) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	254
<b>§ 30. Die Gleichheitsgebote des Art. 3 GG</b> .....	255
I. Gleichheitsrechte und deren Prüfung .....	255
II. Allgemeiner Gleichheitssatz .....	255
1. Grundsätzliches zum Schutzgehalt .....	255
2. Grundrechtsverpflichtete .....	257
3. Grundrechtsträger .....	257
4. Ungleichbehandlung .....	258
5. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung .....	259
III. Die besonderen Gleichheitssätze des Art. 3 GG .....	262
1. Allgemeines .....	262
2. Die besonderen Gleichheitssätze des Art. 3 GG im Einzelnen .....	262
a) Gleichberechtigung von Männern und Frauen .....	262
b) Die übrigen Diskriminierungsverbote des Art. 3 III 1 GG .....	264
c) Verbot der Benachteiligung von Behinderten .....	265
<b>§ 31. Glaubens- und Gewissensfreiheit</b> .....	266
I. Glaubensfreiheit .....	266
1. Sachlicher Schutzbereich .....	266
a) Begriff des „Glaubens“ .....	266
b) Einheitliches Grundrecht der Glaubensfreiheit .....	266
c) Geschützte Verhaltensweisen im Einzelnen .....	267
d) Schutzpflicht des Staates .....	268
2. Personeller Schutzbereich .....	269
3. Eingriffe .....	270
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	270
II. Gewissensfreiheit .....	274
1. Schutzbereich .....	274
2. Eingriffe und deren verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	275
III. Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung .....	275
<b>§ 32. Meinungs-, Informations-, Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit</b> .....	276
I. Bedeutung der Freiheitsrechte aus Art. 5 I GG .....	276
II. Meinungsfreiheit .....	276
1. Sachlicher Schutzbereich .....	276
a) Begriff der „Meinung“ .....	276
b) Tatsachenbehauptungen .....	277
c) Formalbeleidigungen und Schmähkritik .....	278

d) Geschützte Verhaltensweisen . . . . .	278
2. Personeller Schutzbereich . . . . .	279
3. Eingriffe . . . . .	279
III. Informationsfreiheit . . . . .	280
1. Schutzbereich . . . . .	280
2. Eingriffe . . . . .	280
IV. Pressefreiheit . . . . .	281
1. Sachlicher Schutzbereich . . . . .	281
a) Pressebegriff . . . . .	281
b) Geschützte Verhaltensweisen . . . . .	281
c) Abgrenzung zur Meinungsfreiheit . . . . .	282
2. Personeller Schutzbereich . . . . .	282
3. Eingriffe . . . . .	283
V. Rundfunkfreiheit . . . . .	283
1. Sachlicher Schutzbereich . . . . .	283
a) Rundfunkbegriff . . . . .	283
b) Geschützte Verhaltensweisen . . . . .	284
2. Personeller Schutzbereich . . . . .	284
3. Eingriffe . . . . .	284
VI. Filmfreiheit . . . . .	285
VII. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	285
1. Grundrechtsschranken . . . . .	285
a) Allgemeine Gesetze . . . . .	285
b) Gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Jugend und Recht der persönlichen Ehre . . . . .	286
c) Art. 17 a I GG . . . . .	286
d) Verfassungsimmanente Schranken . . . . .	286
2. Grenzen der Einschränkung . . . . .	287
a) Wechselwirkungslehre . . . . .	287
b) Zensurverbot . . . . .	288
c) Besonderheiten beim Schutz kollidierender Persönlichkeitsrechte . . . . .	288
<b>§ 33. Kunst- und Wissenschaftsfreiheit . . . . .</b>	<b>289</b>
I. Bedeutung der Freiheit von Kunst und Wissenschaft . . . . .	289
II. Freiheit der Kunst . . . . .	289
1. Schutzbereich . . . . .	289
a) Kunstbegriff . . . . .	289
b) Geschützte Verhaltensweisen . . . . .	290
c) Personeller Schutzbereich . . . . .	290
2. Eingriffe . . . . .	290
III. Freiheit der Wissenschaft . . . . .	291
1. Schutzbereich . . . . .	291
a) Sachlicher Schutzbereich . . . . .	291
b) Personeller Schutzbereich . . . . .	292
2. Eingriffe . . . . .	292
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	293
<b>§ 34. Schutz von Ehe und Familie sowie des Elternrechts . . . . .</b>	<b>293</b>
I. Überblick über die Regelungsgehalte des Art. 6 GG . . . . .	293
II. Schutz von Ehe und Familie . . . . .	294
1. Begriffe „Ehe“ und „Familie“ . . . . .	294
2. Schutzgebot und Abwehrrecht . . . . .	296
3. Institutsgarantie . . . . .	298
4. Wertentscheidende Grundsatznorm . . . . .	299



III. Schutz des Elternrechts .....	300
IV. Schutz und Fürsorge für Mütter sowie Gleichstellung von unehelichen Kindern ...	303
<b>§ 35. Schulwesen .....</b>	<b>304</b>
I. Überblick über die Regelungsgehalte des Art. 7 GG .....	304
II. Staatliche Schulaufsicht .....	304
III. Religionsunterricht .....	305
IV. Privatschulfreiheit .....	306
<b>§ 36. Versammlungsfreiheit .....</b>	<b>307</b>
I. Bedeutung der Versammlungsfreiheit .....	307
II. Schutzbereich .....	308
III. Eingriffe .....	309
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	310
1. Versammlungen unter freiem Himmel .....	310
2. Versammlungen in geschlossenen Räumen .....	312
<b>§ 37. Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit .....</b>	<b>312</b>
I. Bedeutung und Systematik des Art. 9 GG .....	313
II. Allgemeine Vereinigungsfreiheit .....	313
1. Schutzbereich .....	313
a) Begriff der „Vereinigung“ .....	313
b) Personeller Schutzbereich .....	314
c) Geschützte Verhaltensweisen .....	314
d) „Negative“ Vereinigungsfreiheit .....	315
e) Ausgestaltungspflicht .....	316
f) Verhältnis zu spezielleren Vereinigungsfreiheiten .....	316
2. Eingriffe .....	317
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	317
a) Rechtfertigung von Vereinigungsverboten .....	317
b) Rechtfertigung milderer Beeinträchtigungen .....	318
c) Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	318
III. Koalitionsfreiheit .....	319
1. Schutzbereich .....	319
a) Begriff der Koalition .....	319
b) Personeller Schutzbereich .....	319
c) Geschützte Verhaltensweisen .....	320
d) Unmittelbare Drittwirkung .....	321
e) Ausgestaltungspflicht .....	322
2. Eingriffe .....	322
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	323
a) Art. 9 II GG .....	323
b) Kollidierendes Verfassungsrecht .....	323
c) Art. 9 III 3 GG .....	325
<b>§ 38. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis .....</b>	<b>325</b>
I. Schutzbereiche .....	325
1. Allgemeines .....	325
2. Briefgeheimnis .....	326
3. Postgeheimnis .....	326
4. Fernmeldegeheimnis .....	326
5. Gemeinsame Schutzgehalte .....	328
II. Eingriffe .....	328
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	329

<b>§ 39. Freizügigkeit</b>	331
I. Schutzbereich	332
II. Eingriffe	333
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	334
<b>§ 40. Berufsfreiheit</b>	334
I. Zur Struktur des Art. 12 GG	334
II. Gewährleistung der Berufsfreiheit	335
1. Sachlicher Schutzbereich	336
a) Dimensionen der Berufsfreiheit	336
b) Begriff des Berufs	337
c) Beruf und Berufsbild	338
d) Geschützte Verhaltensweisen	340
2. Personeller Schutzbereich	344
3. Eingriffe	345
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	345
a) Grundrechtsschranken	345
b) Grenzen der Einschränkung	346
III. Freiheit von Arbeitszwang und Zwangsarbeit	351
<b>§ 41. Unverletzlichkeit der Wohnung</b>	352
I. Allgemeines	352
II. Schutzbereich	352
III. Eingriffe	353
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	353
1. Rechtfertigung von Durchsuchungen	353
2. Rechtfertigung von technischer Überwachung	356
3. Rechtfertigung von sonstigen Eingriffen	358
<b>§ 42. Eigentumsgarantie</b>	359
I. Bedeutung und Funktion der Eigentumsgarantie	359
II. Zur Struktur des Art. 14 GG	360
III. Dimensionen der Eigentumsgarantie	360
IV. Schutzbereiche	361
1. Sachliche Schutzbereiche	361
a) Allgemeines zum Begriff des Eigentums	361
b) Geschützte Rechtspositionen im Einzelnen	362
c) Schutzzumfang	364
d) Erbrecht	365
2. Personeller Schutzbereich	365
3. Verhältnis zu anderen Grundrechten	366
V. Eingriffe	366
1. Inhalts- und Schrankenbestimmungen	366
2. Enteignungen	367
3. Sozialisierung	368
4. Sonstige Eingriffe	369
VI. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	369
1. Inhalts- und Schrankenbestimmungen	369
a) Formelle Anforderungen	369
b) Institutsgarantie	369
c) Verhältnismäßigkeit	370
2. Enteignungen	372
a) Formelle Anforderungen	372
b) Allgemeinwohlklausel	373

c) Verhältnismäßigkeit . . . . .	373
d) Junktimklausel . . . . .	374
e) Institutsgarantie . . . . .	375
3. Sozialisierung . . . . .	375
4. Sonstige Eingriffe . . . . .	375
5. Entschädigungen . . . . .	375
<b>§ 43. Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung; Asylrecht . . . . .</b>	<b>376</b>
I. Überblick über die Art. 16 und 16a GG . . . . .	376
II. Schutz der deutschen Staatsangehörigkeit . . . . .	376
III. Schutz vor Auslieferung . . . . .	377
IV. Asylrecht . . . . .	378
1. Allgemeines . . . . .	378
2. Schutzbereich . . . . .	380
a) Schutz bei „politischer Verfolgung“ . . . . .	380
b) Verfahrensrechtlicher Schutzgehalt . . . . .	381
c) Personeller Schutzbereich . . . . .	382
3. Eingriffe . . . . .	383
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	383
a) Beschränkungen des verfahrensbezogenen Gewährleistungsinhalts . . . . .	384
aa) Vermutungsregel des Art. 16a III GG . . . . .	384
bb) Art. 16a II 3 GG . . . . .	384
cc) Art. 16a IV GG . . . . .	384
b) Vorbehalt des Art. 16a V GG . . . . .	385
<b>§ 44. Petitionsrecht . . . . .</b>	<b>385</b>
I. Schutzbereich . . . . .	385
II. Eingriffe . . . . .	385
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	386
<b>§ 45. Rechtsweggarantie . . . . .</b>	<b>386</b>
I. Allgemeines . . . . .	386
II. Schutzbereich . . . . .	386
III. Eingriffe . . . . .	390
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	390
<b>§ 46. Widerstandsrecht . . . . .</b>	<b>391</b>
<b>§ 47. Staatsbürgerliche Gleichheitsrechte; Öffentlicher Dienst . . . . .</b>	<b>392</b>
I. Überblick über die Gewährleistungen des Art. 33 GG . . . . .	392
II. Staatsbürgerliche Rechte- und Pflichtengleichheit . . . . .	392
III. Gleicher Zugang zu öffentlichen Ämtern . . . . .	392
IV. Verbot der Benachteiligung aus Glaubensgründen . . . . .	394
V. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums . . . . .	394
<b>§ 48. Wahlrechte . . . . .</b>	<b>395</b>
I. Überblick über die Gewährleistungen des Art. 38 GG . . . . .	395
II. Wahlrechte . . . . .	396
1. Schutzbereiche . . . . .	396
2. Eingriffe . . . . .	397
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	397
<b>§ 49. Justizgrundrechte . . . . .</b>	<b>398</b>
I. Überblick über die Art. 101 und 103 GG . . . . .	398
II. Recht auf den gesetzlichen Richter . . . . .	399

III. Anspruch auf rechtliches Gehör . . . . .	401
IV. Gesetzlichkeitsprinzip hinsichtlich Strafen . . . . .	402
V. Verbot der Doppelbestrafung . . . . .	403

## Vierter Abschnitt. Verfassungsprozessrecht

### Erstes Kapitel. Grundlagen

<b>§ 50. Allgemeines zum Verfassungsprozessrecht . . . . .</b>	<b>404</b>
I. Bedeutung und Funktion . . . . .	404
II. Quellen . . . . .	405
III. Lückenhaftigkeit . . . . .	406
IV. Allgemeine Verfahrensprinzipien . . . . .	407
1. Enumerationsprinzip bezüglich Zuständigkeit . . . . .	407
2. Antragsprinzip/Dispositionsmaxime . . . . .	409
3. Untersuchungsgrundsatz . . . . .	410
4. Prozessvertretung . . . . .	410
5. Mündliche Verhandlung . . . . .	410
6. Entscheidungsfindung . . . . .	411
7. Entscheidungsinhalte und -wirkungen . . . . .	411
V. Sachentscheidungsvoraussetzungen . . . . .	412
1. Abgrenzung der Zulässigkeit von der Begründetheit . . . . .	412
2. Allgemeine und besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen . . . . .	413
3. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	413
a) Rechtswegeröffnung zum BVerfG . . . . .	413
b) Ordnungsgemäßer Antrag . . . . .	413
c) Keine entgegenstehende Rechtskraft oder Rechtshängigkeit . . . . .	413

### Zweites Kapitel. Einzelne Verfahrensarten

<b>§ 51. Verfassungsbeschwerde . . . . .</b>	<b>414</b>
I. Grundsätzliches . . . . .	414
II. Zulässigkeit . . . . .	415
1. Rechtswegeröffnung/Zuständigkeit des BVerfG . . . . .	415
2. Antragsberechtigung bzw. Beteiligtenfähigkeit . . . . .	415
3. Prozessfähigkeit und Postulationsfähigkeit . . . . .	416
4. Ordnungsgemäßer Antrag . . . . .	417
5. Beschwerdegegenstand . . . . .	417
6. Beschwerdebefugnis . . . . .	419
a) Möglichkeit einer Grundrechtsverletzung . . . . .	419
aa) „Möglichkeitstheorie“ . . . . .	419
bb) Möglichkeit einer „spezifischen“ Grundrechtsverletzung . . . . .	420
b) Betroffenheit des Beschwerdeführers . . . . .	420
aa) Betroffenheit in eigenen Rechten . . . . .	420
bb) Gegenwärtige Betroffenheit . . . . .	421
cc) Unmittelbare Betroffenheit . . . . .	422
7. Subsidiarität . . . . .	423
a) Rechtswegerschöpfung . . . . .	424
b) Ausnutzung aller sonstigen Möglichkeiten . . . . .	425
c) Grenzen der Subsidiarität . . . . .	427
aa) § 90 II 2 BVerfGG . . . . .	427
bb) Unzumutbarkeit . . . . .	428
8. Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	428
9. Frist und ordnungsgemäße Begründung . . . . .	428
10. Keine entgegenstehende Rechtskraft . . . . .	429

III. Begründetheit	430
1. Allgemeines zum Prüfungsmaßstab bei Verfassungsbeschwerden	430
2. Prüfung der Verfassungsmäßigkeit auch in formeller Hinsicht	430
3. Nur Verstöße gegen „spezifisches Verfassungsrecht“	430
a) Überprüfung von Gerichtsentscheidungen	431
b) Überprüfung von Verwaltungsentscheidungen	431
IV. Annahme zur Entscheidung	432
V. Entscheidungen	433
1. Stattgebende Entscheidungen	434
2. Nicht stattgebende Entscheidungen	434
VI. Besonderheiten der Kommunalverfassungsbeschwerde	434
<b>§ 52. Organstreitverfahren</b>	435
I. Grundsätzliches	435
II. Zulässigkeit	436
1. Rechtswegeröffnung/Zuständigkeit des BVerfG	436
2. Beteiligten- bzw. Parteifähigkeit	436
3. Verfahrensgegenstand	438
4. Antragsbefugnis	438
5. Rechtsschutzbedürfnis	439
6. Frist	439
III. Begründetheit	439
<b>§ 53. Abstrakte Normenkontrolle</b>	440
I. Grundsätzliches	440
II. Zulässigkeit	440
1. Rechtswegeröffnung/Zuständigkeit des BVerfG	440
2. Antragsberechtigung	440
3. Prüfungsgegenstand	441
4. Antragsgrund	442
a) § 76 I Nr. 1 BVerfGG	442
b) § 76 I Nr. 2 BVerfGG	443
5. Rechtsschutzbedürfnis/Klarstellungsinteresse	443
6. Keine Frist	443
III. Begründetheit	444
IV. Besonderheiten des Verfahrens nach Art. 93 I Nr. 2a GG	444
<b>§ 54. Konkrete Normenkontrolle</b>	444
I. Grundsätzliches	444
II. Zulässigkeit	445
1. Rechtswegeröffnung/Zuständigkeit des BVerfG	445
2. Vorlageberechtigung	445
3. Vorlagegegenstand	445
4. Vorlagegrund	447
5. Entscheidungserheblichkeit	447
6. Vorlagebegründung	448
III. Begründetheit	448
<b>§ 55. Bund-Länder-Streitverfahren</b>	449
I. Grundsätzliches	449
II. Zulässigkeit	449
1. Rechtswegeröffnung/Zuständigkeit des BVerfG	449
2. Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit	449
3. Verfahrensgegenstand	449
4. Antragsbefugnis	450

5. Vorverfahren aufgrund von Art. 84 IV 1 GG	450
6. Frist	450
III. Begründetheit	450
<b>§ 56. Sonstige Verfahrensarten</b>	450
I. Andere föderale Streitigkeiten	451
II. Parteiverbotsverfahren und Finanzierungsausschluss einer Partei	451
III. Wahlprüfungsverfahren und Nichtanerkennungsbeschwerde	451
IV. Präsidentenanklage	452
V. Überprüfung der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses	452
<b>§ 57. Einstweilige Anordnungen</b>	452
I. Allgemeines	452
II. Zulässigkeit	452
1. Zuständigkeit des BVerfG	452
2. Antrag	453
3. Antragsberechtigung	453
4. Keine offensichtliche Unzulässigkeit des Hauptsacheverfahrens	453
5. Keine Vorwegnahme der Hauptsache	453
6. Form und Frist	454
III. Begründetheit	454
1. Besondere Eilbedürftigkeit	454
2. Abwägung	454

## Zweiter Teil. Verwaltungsrecht

### Erster Abschnitt. Allgemeines Verwaltungsrecht

#### Erstes Kapitel. Die öffentliche Verwaltung

<b>§ 58. Grundbegriffe des Organisationsrechts</b>	456
I. Organisation der Verwaltung	456
1. Verwaltungsträger	456
2. Organ und Organwalter	456
3. Behörde	457
II. Weisung und Aufsicht	458
1. Beziehungen innerhalb von und zwischen Verwaltungsträgern	458
2. Staatsaufsicht über die Gemeinden	459
a) Aufgaben der Gemeinde	459
b) Kommunalaufsicht	461
<b>§ 59. Unmittelbare Staatsverwaltung</b>	465
<b>§ 60. Mittelbare Staatsverwaltung</b>	467
I. Körperschaften des öffentlichen Rechts	467
1. Gebietskörperschaften	467
a) Kommunale Selbstverwaltung	467
b) Bürger und Einwohner	469
c) Gemeindeverfassung	472
aa) Wahl des Gemeinderats	472
bb) Stellung der Mitglieder des Gemeinderats	473
cc) Innere Organisation und Verfahren des Gemeinderats	475
dd) Zuständigkeiten des Gemeinderats	478
ee) Gemeindevorstand	479
d) Landkreise	480

2. Weitere Körperschaftsformen .....	481
II. Anstalten des öffentlichen Rechts .....	482
III. Stiftungen des öffentlichen Rechts .....	482
IV. Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Private .....	482
<b>Zweites Kapitel. Das Recht der Verwaltung</b>	
<b>§ 61. Funktionen und Quellen des Verwaltungsrechts .....</b>	<b>484</b>
<b>§ 62. Bedeutung von Europarecht und Verfassungsrecht für das Verwaltungsrecht ...</b>	<b>485</b>
I. Europäisierung des Verwaltungsrechts .....	485
II. Verfassungsrecht .....	486
<b>§ 63. Gesetze, Rechtsverordnungen und Satzungen .....</b>	<b>487</b>
I. Gesetze .....	487
II. Rechtsverordnungen .....	487
III. Satzungen .....	488
1. Satzungsautonomie und -erlass .....	488
2. Insbesondere kommunale Satzungen .....	488
3. Insbesondere der Bebauungsplan .....	490
a) Bebauungsplan als verbindlicher Bauleitplan .....	490
b) Verhältnis zum Flächennutzungsplan .....	491
c) Aufstellungsverfahren .....	491
<b>§ 64. Verwaltungsvorschriften .....</b>	<b>493</b>
I. Arten von Verwaltungsvorschriften .....	494
II. Bindungswirkung der Verwaltungsvorschriften .....	495
1. Norminterpretierende Verwaltungsvorschriften .....	495
2. Ermessenslenkende Verwaltungsvorschriften .....	496
3. Normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften .....	497
III. Möglichkeit des Einzelnen zur Kenntnisnahme von Verwaltungsvorschriften .....	497
<b>§ 65. Weitere Rechtsquellen .....</b>	<b>498</b>
I. Technische Regeln .....	498
II. Gewohnheitsrecht und Richterrecht .....	499
<b>§ 66. Normenhierarchie und Verwerfungskompetenz .....</b>	<b>499</b>
I. Kollisionsprobleme bei Einschlägigkeit mehrerer Rechtsquellen .....	499
II. Prüfungs- und Verwerfungskompetenz .....	500
<b>§ 67. Verwaltungsrecht und öffentliches Recht .....</b>	<b>502</b>
I. Bedeutung der Unterscheidung von öffentlichem Recht und Privatrecht .....	502
II. Abgrenzungsmaßstäbe und -probleme .....	503
1. Abgrenzungstheorien .....	503
2. Problemfälle .....	505
a) Hausverbote .....	505
b) Abwehr von Immissionen oder Störungen .....	506
c) Informationen und Werturteile .....	507
III. Privatrechtliches Handeln der öffentlichen Verwaltung .....	507
1. Verwaltungsprivatrecht .....	508
2. Bedarfsdeckung .....	511
3. Erwerbswirtschaftliches Handeln .....	511

### Drittes Kapitel. Das Handeln der Verwaltung

<b>§ 68. Bindungen des Verwaltungshandelns</b>	512
I. Die Struktur der Entscheidungsfindung durch die Verwaltung	512
II. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum	514
1. Unbestimmte Rechtsbegriffe im Polizeirecht	515
2. Beurteilungsspielräume der Behörde	518
<b>§ 69. Ermessen der Verwaltung</b>	520
I. Eröffnung des Ermessens	520
II. Struktur der Ermessensentscheidung	522
III. Ermessensfehler	523
IV. Ermessensreduzierung	525
V. Regulierungsermessen	526
<b>§ 70. Planerische Gestaltungsfreiheit</b>	526
I. Gestaltungsfreiheit als Kern der Planung	526
II. Materielle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen eines Bebauungsplans	527
1. Planrechtfertigung	527
2. Gebot der Konfliktbewältigung	528
3. Abwägungsgebot	528
4. Interkommunales Abstimmungsgebot	530
III. Gerichtliche Kontrolle der gemeindlichen Abwägungsentscheidung	531
IV. Fehlerfolgen	533
<b>§ 71. Das subjektive öffentliche Recht</b>	534
I. Begriff und Bedeutung	534
II. Ableitung eines subjektiven öffentlichen Rechts	535
III. Anspruch auf fehlerfreie Ermessensausübung	539
<b>§ 72. Das Verwaltungsverfahren</b>	540
I. Der Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und der Länder	541
II. Begriff und Arten des Verwaltungsverfahrens	542
III. Die zuständige Behörde	543
1. Zuständigkeitsregelungen im Bereich des Polizei- und Ordnungsrechts	544
2. Amts- und Vollzugshilfe	545
IV. Verfahrensablauf	546
1. Beginn des Verfahrens	546
2. Beteiligte	547
3. Verfahrensrechte der Beteiligten	549
4. Verfahrensgrundsätze	552
5. Abschluss des Verwaltungsverfahrens	552
<b>§ 73. Formen des Verwaltungshandelns</b>	552
I. Bedeutung der Handlungsformenlehre	552
II. Formales Verwaltungshandeln	553
III. Informales Verwaltungshandeln, insbesondere Realakte	554
1. Staatliche bzw. behördliche Warnungen und Empfehlungen	554
2. Informelle Absprachen	556

### Viertes Kapitel. Verwaltungsakt

<b>§ 74. Bedeutung der Handlungsform Verwaltungsakt und Begriffsmerkmale</b>	557
I. Die einzelnen Elemente der Definition des Verwaltungsakts	557
1. Handeln einer Behörde	559



2. Hoheitliche Maßnahme	559
3. Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	561
4. Regelung	561
a) Realakte	562
b) Vorbereitungs- und Teilakte	562
c) Rechtserhebliche Willenserklärungen	563
5. Einzelfall	564
6. Mit unmittelbarer Außenwirkung	565
II. Allgemeinverfügung als Sonderfall	567
1. Adressaten- bzw. personenbezogene Allgemeinverfügung	567
2. Die sachbezogene Allgemeinverfügung	568
3. Benutzungsregelung	568
4. Zur Rechtsnatur der Verkehrszeichen	568
<b>§ 75. Belastende Verwaltungsakte</b>	569
I. Überblick	569
II. Notwendigkeit und Bestimmung der Ermächtigungsgrundlage	569
III. Einzelne Ermächtigungsgrundlagen	570
1. Bauaufsichtliche Eingriffsbefugnisse	571
2. Eingriffsbefugnisse der Polizei- und Ordnungsbehörden	574
a) Polizeiliche Generalklausel	574
b) Spezielle polizeiliche Eingriffsbefugnisse	575
c) Auswahl unter mehreren möglichen Maßnahmen	581
<b>§ 76. Begünstigende Verwaltungsakte</b>	581
I. Überblick	582
II. Erlassvoraussetzungen am Beispiel der Baugenehmigung	583
1. Genehmigungsbedürftigkeit	583
2. Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens	586
a) Planungsrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens	586
aa) Vorhaben im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans	587
bb) Zulässigkeit während der Aufstellung eines Bebauungsplans	590
cc) Zulässigkeit von Vorhaben im Innenbereich	590
dd) Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich	593
ee) Gemeindliches Einvernehmen	595
b) Bauordnungsrechtliche Zulässigkeit	597
c) Weitere Vorschriften	598
<b>§ 77. Weitere Formen von Verwaltungsakten</b>	599
I. Personen- und sachbezogene Verwaltungsakte	599
II. Gestaltende und feststellende Verwaltungsakte	601
III. Vorläufige und vorsorgliche Regelungen	601
IV. Verwaltungsakte in gestuften Verfahren	602
V. Zusage und Zusicherung	603
<b>§ 78. Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten</b>	604
I. Begriff und Arten	604
II. Zulässigkeit von Nebenbestimmungen	606
III. Rechtsschutzprobleme bei Nebenbestimmungen	607
<b>§ 79. Erlass des Verwaltungsakts</b>	609
I. Form und Bestimmtheit	609
II. Begründung	611
III. Adressat	611
1. Allgemeine Grundsätze	611

2. Der Adressat polizeilicher Maßnahmen	612
a) Verhaltensverantwortlichkeit	613
b) Zustandsverantwortlichkeit	614
c) Nichtstörer	615
d) Störerauswahl	615
IV. Bekanntgabe	616
<b>§ 80. Verwaltungsvollstreckung</b>	618
I. Grundlagen	618
II. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	619
III. Vollstreckung wegen Geldforderungen	619
IV. Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen	620
1. Zwangsmittel	620
2. Vollstreckungsverfahren	621
V. Sofortiger Vollzug und unmittelbare Ausführung	623
<b>§ 81. Fehlerhafte Verwaltungsakte</b>	624
I. Wirksamkeit eines Verwaltungsakts	624
II. Folgen der Wirksamkeit	624
III. Nichtigkeit des Verwaltungsakts	625
1. Die absoluten Nichtigkeitsgründe des § 44 II VwVfG	626
2. Kein Ausschluss der Nichtigkeit nach § 44 III VwVfG	626
3. Die Generalklausel des § 44 I VwVfG	627
4. Die Teilnichtigkeit	628
5. Die Bedeutung und Feststellung der Nichtigkeit	628
IV. Die Fehlerhaftigkeit eines Verwaltungsakts	628
1. Berichtigung von Unrichtigkeiten eines Verwaltungsakts	629
2. Heilung und Beseitigung von Verfahrens- und Formfehlern	629
a) Heilung	629
b) Ergänzendes Verfahren	630
3. Unbeachtlichkeit von Verfahrens-, Form- und Zuständigkeitsfehlern	631
4. Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsakts	632
<b>§ 82. Aufhebung von Verwaltungsakten und Wiederaufgreifen des Verfahrens</b>	633
I. Zu den verschiedenen Möglichkeiten der Aufhebung eines Verwaltungsakts	634
II. Grundlagen der Anwendung der §§ 48 ff. VwVfG	634
III. Die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte	635
1. Rücknahme eines rechtswidrigen belastenden Verwaltungsakts	637
2. Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts	638
a) Rücknahme eines auf eine Geld- oder Sachleistung gerichteten Verwaltungsakts	638
b) Rücknahme eines sonstigen Verwaltungsakts	639
c) Ausschlussfrist des § 48 IV VwVfG	640
3. Besonderheiten bei Sachverhalten mit Unionsrechtsbezug	641
IV. Widerruf von Verwaltungsakten	643
1. Widerruf eines belastenden Verwaltungsakts	644
2. Widerruf eines begünstigenden Verwaltungsakts nach § 49 II VwVfG	644
3. Der Widerruf von Verwaltungsakten auf eine Geld- oder Sachleistung nach § 49 III VwVfG	646
V. Erstattung und Verzinsung	647
VI. Sonderregelung für die Drittanfechtung	648
VII. Wiederaufgreifen des Verfahrens	648
1. Struktur	648
2. Wiederaufgreifen des Verfahrens nach § 51 I VwVfG	649

3. Wiederaufgreifen nach pflichtgemäßem Ermessen . . . . .	650
4. Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Wiederaufgreifen des Verfahrens . .	651

### **Fünftes Kapitel. Vertragliches Handeln im Verwaltungsrecht**

<b>§ 83. Öffentlich-rechtlicher Vertrag . . . . .</b>	<b>652</b>
I. Begriffsmerkmale und Vertragsarten . . . . .	653
1. Begriff des öffentlich-rechtlichen Vertrages . . . . .	653
2. Vertragsarten . . . . .	655
a) Koordinations- und subordinationsrechtliche Verträge . . . . .	655
b) Vergleichs- und Austauschverträge . . . . .	656
aa) Vergleichsvertrag . . . . .	656
bb) Austauschvertrag . . . . .	657
c) Verpflichtungs- und Verfügungsverträge . . . . .	657
II. Zulässigkeit und formelle Anforderungen . . . . .	658
1. Zulässigkeit der Handlungsform . . . . .	658
2. Formerfordernisse . . . . .	658
3. Zustimmung von Drittbetroffenen und Behörden . . . . .	659
III. Inhaltliche Anforderungen . . . . .	659
1. Vergleichsvertrag . . . . .	660
2. Austauschvertrag . . . . .	660
IV. Fehlerhafte öffentlich-rechtliche Verträge . . . . .	661
1. (Schlicht) rechtswidrige Verträge . . . . .	661
2. Nichtigkeit . . . . .	662
a) Entsprechende Anwendung von Vorschriften des BGB . . . . .	662
b) Besondere Nichtigkeitsgründe für den „subordinationsrechtlichen“ Vertrag . .	662
3. Teilnichtigkeit . . . . .	663
4. Nichtigkeitsfolgen . . . . .	663
a) Rückabwicklung, Abwicklung anderer Leistungen als eines Verwaltungsakts . .	664
b) Folgen für einen Erfüllungs-Verwaltungsakt . . . . .	664
V. Durchsetzung und Verletzung vertraglicher Pflichten . . . . .	664

### **Sechstes Kapitel. Öffentliche Sachen**

<b>§ 84. Recht der öffentlichen Sachen . . . . .</b>	<b>665</b>
I. Begriff der öffentlichen Sache . . . . .	665
II. Öffentlich-rechtlicher Status . . . . .	666
1. Widmung . . . . .	667
a) Kommunale Einrichtungen und ihre Widmung . . . . .	667
aa) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde . . . . .	668
bb) Weitere kommunale Einrichtungen . . . . .	670
b) Widmung öffentlicher Straßen . . . . .	670
III. Arten der öffentlichen Sachen . . . . .	671
1. Öffentliche Sachen im Gemeingebrauch . . . . .	672
a) Gemeingebrauch . . . . .	672
b) Sondernutzungen . . . . .	674
2. Öffentliche Sachen im Sondergebrauch . . . . .	676
3. Öffentliche Sachen im Anstaltsgebrauch . . . . .	676
4. Öffentliche Sachen im Verwaltungsgebrauch . . . . .	678

### **Zweiter Abschnitt. Öffentlich-rechtliche Haftungs- und Ausgleichsansprüche**

<b>§ 85. Übersicht . . . . .</b>	<b>679</b>
----------------------------------	------------

<b>§ 86. Amtshaftung</b> . . . . .	681
I. Struktur des Anspruchs . . . . .	681
II. Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	682
1. Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes . . . . .	682
a) Öffentlich-rechtliches Tätigwerden . . . . .	682
b) Handeln eines „Beamten“ . . . . .	683
c) Zusammenhang zwischen Schädigung und Amtsausübung . . . . .	684
2. Verletzung der einem Dritten gegenüber bestehenden Amtspflicht . . . . .	684
a) Verletzung einer Amtspflicht . . . . .	684
b) Drittbezogenheit der Amtspflicht . . . . .	685
3. Verschulden . . . . .	687
4. Kausal verursachter Schaden . . . . .	688
III. Haftungsausschlüsse und -beschränkungen . . . . .	689
1. Subsidiaritätsklausel des § 839 I 2 BGB . . . . .	689
2. Richterspruchprivileg des § 839 II BGB . . . . .	689
3. Nichtgebrauch von Rechtsmitteln (§ 839 III BGB) . . . . .	689
IV. Umfang des Schadensersatzanspruchs . . . . .	690
V. Anspruchsgegner . . . . .	690
VI. Anspruchsrealisierung und Rückgriff . . . . .	691
VII. Sonderproblem: Schadensersatz bei Verletzung von Europarecht . . . . .	691
 <b>§ 87. Entschädigung für Eigentumsbeeinträchtigungen</b> . . . . .	693
I. Einführung . . . . .	693
II. Enteignungsentschädigung . . . . .	694
III. Ausgleichspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmung . . . . .	694
IV. Entschädigung aus enteignendem/enteignungsgleichem Eingriff . . . . .	695
1. Gemeinsame Anspruchsgrundlage . . . . .	696
2. Voraussetzungen für einen Entschädigungsanspruch wegen enteignungsgleichen Eingriffs . . . . .	697
a) Eigentumsbeeinträchtigung . . . . .	697
b) Eingriff . . . . .	698
aa) Hoheitliche Maßnahme . . . . .	698
bb) Rechtswidrigkeit der Maßnahme . . . . .	699
cc) Allgemeinwohlbezug der abverlangten Einbuße . . . . .	699
dd) Unmittelbarkeitsbeziehung zwischen Maßnahme und Eigentumsbeeinträchtigung . . . . .	699
ee) Entschädigungspflichtiger Eingriff durch Unterlassen . . . . .	700
c) Sonderopfer . . . . .	700
d) Kein Ausschluss durch Mitverschulden . . . . .	700
3. Voraussetzungen für einen Entschädigungsanspruch wegen enteignenden Eingriffs . . . . .	701
a) Eigentumsbeeinträchtigung . . . . .	701
b) Eingriff durch eine rechtmäßige hoheitliche Maßnahme . . . . .	701
c) Sonderopfer . . . . .	702
4. Art und Umfang der Entschädigung . . . . .	702
5. Anspruchsgegner . . . . .	703
6. Anspruchskonkurrenzen und Rechtsweg . . . . .	703
 <b>§ 88. Aufopferungsanspruch</b> . . . . .	704
I. Grundlagen . . . . .	704
II. Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	704
1. Unmittelbarer hoheitlicher Eingriff in nicht vermögenswerte Rechte im Allgemeininteresse . . . . .	705

2. Sonderopfer . . . . .	706
3. Haftungsausschluss entsprechend § 254 BGB . . . . .	706
III. Entschädigung . . . . .	706
IV. Spezialgesetzlich geregelte Aufopferungsansprüche . . . . .	707
1. Entschädigung bei rechtmäßigen polizeilichen Maßnahmen . . . . .	707
a) Nichtstörer . . . . .	707
b) Störer/Verantwortlicher . . . . .	708
c) Anscheinsstörer . . . . .	708
d) Unbeteiligte . . . . .	708
2. Entschädigung bei rechtswidrigen polizeilichen Maßnahmen . . . . .	709
<b>§ 89. Abwehr- und Folgenbeseitigungsanspruch . . . . .</b>	<b>709</b>
I. Grundlagen . . . . .	709
II. Folgenbeseitigungsanspruch . . . . .	709
1. Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	710
a) Eingriff in ein subjektives Recht durch hoheitliches Handeln . . . . .	710
b) Rechtswidriger Zustand . . . . .	710
c) Möglichkeit und Zumutbarkeit der Wiederherstellung . . . . .	711
2. Inhalt des Anspruchs . . . . .	711
a) Wiederherstellungsanspruch . . . . .	711
b) Unmittelbarkeit der Folgen; Mitverschulden . . . . .	713
3. Prozessuale Geltendmachung . . . . .	713
III. Der Abwehranspruch . . . . .	713
<b>§ 90. Ansprüche aus verwaltungsrechtlichen Sonderverbindungen . . . . .</b>	<b>714</b>
I. Grundlagen und Abgrenzungen . . . . .	714
II. Öffentlich-rechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag . . . . .	714
1. Vorliegen einer öffentlich-rechtlichen GoA . . . . .	715
2. Übertragbarkeit zivilrechtlicher Wertungen? . . . . .	716
3. Führen eines fremden Geschäftes . . . . .	717
4. Ansprüche . . . . .	717
III. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch . . . . .	717
1. Voraussetzungen . . . . .	718
2. Inhalt und Umfang des Erstattungsanspruchs . . . . .	719
3. Durchsetzung des Erstattungsanspruchs . . . . .	720
IV. Die öffentlich-rechtliche Verwahrung . . . . .	721

### Dritter Abschnitt. Verwaltungsprozessrecht

#### Erstes Kapitel. Einführung

<b>§ 91. Grundlagen . . . . .</b>	<b>721</b>
I. Gegenstand des Verwaltungsprozessrechts . . . . .	721
II. Schutz subjektiver Rechte . . . . .	722
III. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	722
IV. Verfahrensgrundsätze . . . . .	723
V. Gerichtliche Entscheidungen . . . . .	724

#### Zweites Kapitel. Vorverfahren

<b>§ 92. Vorverfahren . . . . .</b>	<b>724</b>
I. Bedeutung und Funktion . . . . .	724
II. Sachentscheidungsvoraussetzungen . . . . .	726
1. Statthaftigkeit des Widerspruchs . . . . .	726
2. Ungeschriebene Fälle des statthaften, aber entbehrlichen Widerspruchs . . . . .	727
3. Ordnungsgemäße Widerspruchserhebung . . . . .	728

4. Widerspruchsbefugnis .....	729
III. Verlauf des Vorverfahrens .....	729
IV. Begründetheit des Widerspruchs .....	731

### **Drittes Kapitel. Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen**

<b>§ 93. Begriff und Einteilung der Sachentscheidungsvoraussetzungen .....</b>	<b>732</b>
<b>§ 94. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs .....</b>	<b>734</b>
I. Verwaltungsgerichtliche Zuständigkeit kraft Sondervorschrift oder Verweisung .....	735
II. Abdrängende Sonderzuweisung an ein anderes Gericht .....	735
1. Staatshaftungsrechtliche Ansprüche .....	736
2. Justizverwaltungsakte .....	736
3. Zuweisungen durch Landesgesetz .....	738
4. Zuweisung an den ordentlichen Rechtsweg nach § 40 II 1 VwGO .....	738
III. Generalklausel des § 40 I 1 Hs. 1 VwGO .....	739
1. Vorliegen einer rechtlichen Streitigkeit .....	739
a) Sog. justizfreie Hoheitsakte .....	740
b) Organstreitigkeiten .....	740
2. Vorliegen einer Streitigkeit nichtverfassungsrechtlicher Art .....	740
3. Vorliegen einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit .....	741
<b>§ 95. Beteiligtenbezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen .....</b>	<b>742</b>
I. Eigenschaft als Beteiligter .....	742
II. Beteiligtenfähigkeit .....	744
III. Prozessfähigkeit, Postulationsfähigkeit, Prozessführungsbefugnis .....	744
<b>§ 96. Klagebezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen .....</b>	<b>745</b>
I. Ordnungsgemäße Klageerhebung oder Antragstellung .....	745
II. Fehlende Rechtshängigkeit und Rechtskraft .....	745
III. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis .....	747
1. Fehlende, noch fehlende oder nicht mehr bestehende Erreichbarkeit des verfolgten Ziels .....	747
2. Einfachere Möglichkeit zur Erreichung des Rechtsschutzziels .....	748
3. Missbräuchliche Inanspruchnahme des Gerichts .....	748

### **Viertes Kapitel. Klagearten**

<b>§ 97. Bedeutung und Einteilung der Klagearten .....</b>	<b>749</b>
<b>§ 98. Anfechtungsklage .....</b>	<b>750</b>
I. Überblick .....	750
II. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen .....	751
1. Statthaftigkeit der Anfechtungsklage .....	751
2. Klagebefugnis .....	752
3. Durchführung eines Vorverfahrens .....	754
4. Klagefrist .....	754
III. Begründetheit der Anfechtungsklage .....	754
1. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt .....	755
2. Gerichtliche Kontrolldichte .....	755
3. Vorliegen einer Rechtsverletzung .....	756
IV. Die Entscheidung des Gerichts .....	756
<b>§ 99. Die Verpflichtungsklage .....</b>	<b>757</b>
I. Überblick .....	757
II. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen .....	758

1. Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage	758
a) Verhältnis zur Anfechtungsklage	758
b) Bescheidungsklage	759
2. Klagebefugnis	760
3. Weitere Sachentscheidungsvoraussetzungen	760
III. Begründetheit der Verpflichtungsklage	761
<b>§ 100. Allgemeine Leistungsklage</b>	761
I. Überblick	761
II. Statthaftigkeit der allgemeinen Leistungsklage	762
1. Abgrenzung zur Anfechtungs-/Verpflichtungsklage	762
2. Unterlassungsklage	763
III. Klagebefugnis	763
IV. Weitere besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	764
V. Begründetheit	764
<b>§ 101. Allgemeine Feststellungsklage</b>	764
I. Überblick	764
II. Statthaftigkeit	765
1. Bestehen oder Nichtbestehen eines Rechtsverhältnisses	765
2. Nichtigkeit eines Verwaltungsakts	766
III. Subsidiarität der Feststellungsklage	766
IV. Feststellungsinteresse	767
V. Klagebefugnis?	768
VI. Weitere Sachentscheidungsvoraussetzungen	769
VII. Begründetheit der Feststellungsklage	769
<b>§ 102. Fortsetzungsfeststellungsklage</b>	769
I. Überblick	769
II. Fortsetzungsfeststellungsklage bei Erledigung des Verwaltungsakts <i>nach</i> Klageerhebung	770
1. Verwaltungsakt, der sich nach Klageerhebung erledigt hat	771
2. Klagebefugnis, Vorverfahren und Klagefrist	771
3. Fortsetzungsfeststellungsinteresse	772
a) Wiederholungsgefahr	772
b) Rehabilitationsinteresse	772
c) Vorbereitung eines weiteren Prozesses	773
d) Gewichtiger Grundrechtseingriff	773
III. Fortsetzungsfeststellungsklage bei Erledigung des Verwaltungsakts <i>vor</i> Klageerhebung	774
1. Erfordernis eines Vorverfahrens?	774
2. Geltung einer Klagefrist?	774
3. Fortsetzungsfeststellungsinteresse	775
IV. Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	775
<b>§ 103. Organklagen</b>	775
I. Begriff	775
II. Probleme	776
<b>§ 104. Normenkontrollverfahren</b>	778
I. Überblick	778
II. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	779
1. Zuständigkeit des OVG	779
2. Statthaftigkeit	780
3. Antragsbefugnis	781

a) Natürliche und juristische Personen .....	781
b) Behörden .....	783
4. Antragsfrist, Rechtsschutzbedürfnis .....	783
III. Begründetheit der Normenkontrolle .....	784

### Fünftes Kapitel. Vorläufiger Rechtsschutz

<b>§ 105. Grundlagen des vorläufigen Rechtsschutzes .....</b>	<b>785</b>
<b>§ 106. Vorläufiger Rechtsschutz nach §§ 80–80b VwGO .....</b>	<b>786</b>
I. Aufschiebende Wirkung .....	787
II. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes .....	788
III. Behördliche Entscheidungen .....	789
1. Anordnung des Sofortvollzugs durch die Behörde .....	789
2. Aussetzung der Vollziehung durch die Behörde .....	790
IV. Gerichtliche Entscheidungen .....	791
1. Anordnung und Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung durch das Ge- richt .....	791
a) Sachentscheidungsvoraussetzungen des Antrags nach § 80 V VwGO .....	791
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 V VwGO .....	792
c) Entscheidung des Gerichts .....	793
2. Anordnung der sofortigen Vollziehung .....	794
V. Vorläufiger Rechtsschutz und Europarecht .....	796
<b>§ 107. Einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO .....</b>	<b>797</b>
I. Anwendungsbereich und Formen der einstweiligen Anordnung .....	797
II. Sachentscheidungsvoraussetzungen .....	798
III. Begründetheit des Antrags .....	798
1. Anordnungsanspruch .....	799
2. Anordnungsgrund .....	799
3. Glaubhaftmachung .....	799
4. Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache .....	800
IV. Verfahren und Entscheidung .....	800
Stichwortverzeichnis .....	801





**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG